

Stadt Eschweiler
 Der Bürgermeister
 510 Abteilung Kinder- und Jugendförderung, Kinderbetreuungsangelegenheiten

Vorlagen-Nummer
257/14

Sitzungsvorlage

Datum: 16.06.2014

Beratungsfolge

Sitzungsdatum

1.	Beschlussfassung	Rat der Stadt Eschweiler	öffentlich	24.06.2014
----	------------------	--------------------------	------------	------------

Verteilung geplanter Landeszuschüsse für plusKITA-Einrichtungen und zusätzlichen Sprachförderbedarf ab dem Kindergartenjahr 2014/2015

Beschlussvorschlag:

- Der Stadtrat beschließt, die im Sachverhalt aufgelisteten Kindertageseinrichtungen in die kommunale Jugendhilfeplanung als plusKITA-Einrichtungen aufzunehmen und die insgesamt 200.000 € Fördermittel des Landes für plusKITA-Einrichtungen gemäß § 16a in Verbindung mit § 21a des am 01.08.2014 neu in Kraft tretenden Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) mit jeweils 25.000 €, wie dargestellt, aufzuteilen.
- Der Stadtrat beschließt zudem, die Vergabe der Landesmittel in Höhe von 90.000 € für zusätzliche Sprachförderung gemäß § 16b in Verbindung mit § 21b des am 01.08.2014 neu in Kraft tretenden Kinderbildungsgesetzes (KiBiz), wie im Sachverhalt dargestellt, aufzuteilen.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> Gesehen <input type="checkbox"/> Vorgeprüft gez. Breuer _____		Unterschriften gez. I.V. Knollmann			
1	2	3	4		
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt		
Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis		
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja					
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein		
<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung		

Sachverhalt:

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat im März 2014 den Entwurf eines KiBiz-Änderungsgesetzes (2. Stufe der KiBiz-Revision) vorgelegt, die u.a. Landeszuschüsse für „plusKITAS“ (landesweit insgesamt 45 Mio. Euro) und für zusätzliche Sprachförderung (landesweit insgesamt 25 Mio) vorsieht.

Die Mittel für Sprachförderung sollen neben der bis 2016 laufenden Ausfinanzierung vom Sprachtest „Delfin 4“ (letztmalige Durchführung der Tests im Frühjahr 2014) geleistet werden.

Mit **plusKITA** beabsichtigt das Land eine gezielte zusätzliche Förderung für Kindertageseinrichtungen, die von überdurchschnittlich vielen Kindern in prekären sozialen Lebenslagen besucht werden.

Der gemäß § 16a KiBiz in Verbindung mit § 21a KiBiz neue Einrichtungstyp „plusKITA“ ist in die örtliche Jugendhilfeplanung aufzunehmen (Anlage 1).

Diese plusKITA Einrichtungen sollen einen jährlichen Zuschuss von mindestens 25.000 Euro erhalten.

Gleichzeitig entfällt die bisher gem. § 20 Abs. 3 KiBiz gewährte Förderung für Einrichtungen im „Sozialen Brennpunkt“ bzw. für Einrichtungen mit besonderem Unterstützungsbedarf.

Kindertageseinrichtungen, in denen viele Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf betreut werden, sollen Mittel für **zusätzlichen Sprachförderbedarf** erhalten (§ 16b in Verbindung mit § 21b KiBiz/Anlage 2).

Nach derzeitiger Planung wird das 2. KiBiz-Änderungsgesetz zum 1. August 2014 in Kraft treten.

Mit Rundschreiben Nr. 42/857-2014 vom 14.05.2014 bestätigt das Landesjugendamt Rheinland in Abstimmung mit dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen die Förderung für plusKITA-Einrichtungen und Sprachförderung. Demnach erhält die Stadt Eschweiler für die nächsten fünf Jahre 200.000 € jährlich für plusKITA Einrichtungen und jährlich 90.000 € für zusätzliche Sprachförderung (Anlage 3).

Mit weiterem Rundschreiben Nr.42/855-2014 vom 22.04.2014 weist das Landesjugendamt neben der Beschlussfähigkeit durch den JHA auch ausdrücklich auf die Beschlussfähigkeit durch den Rat hin (Anlage 4).

Neben den empfohlenen Kriterien des LVR zur Anerkennung einer plusKITA wurden darüber hinaus von der Verwaltung weitere Faktoren wie Sprachförderung und Hilfen zur Erziehung berücksichtigt.

~~Unter Beachtung der vorgenannten Kriterien schlägt die Verwaltung vor, die nachfolgenden Kindertageseinrichtungen in der Jugendhilfeplanung als plusKITA anzuerkennen und zu fördern:~~

Insgesamt stehen Landesmittel in Höhe von 200.000,00 € (Mindesthöhe 25.000 €):

- Kindertageseinrichtung „Wunderland“, Pfarrer-Appelrath-Str. 10, Träger: AWO KiSA gUG (haftungsbeschränkt),
- Kindertageseinrichtung „Zauberhut“, Franz-Rüth-Str. 1a, Träger: AWO KiSA gUG (haftungsbeschränkt),
- Kindertageseinrichtung „Schatzkiste“, Gartenstraße 36a, Träger: AWO KiSA gUG (haftungsbeschränkt),
- Kindertageseinrichtung „Jahnstr.“, Jahnstr. 25, Träger: BKJ,
- Kindertageseinrichtung „Zauberwald“, Johanna-Neuman-Str. 43, Träger: BKJ,
- Kindertageseinrichtung „St. Theresia“, Englerthsgärten 2, Träger: Kath. Pfarre St. Peter und Paul,
- Kindertageseinrichtung „Sonnenschein“, Karlstr. 40, Träger: Caritas Lebenswelten GmbH,
- Kindertageseinrichtung „Kinderburg“, Martin-Luther-Str. 12, Elterninitiative (Dachverband Diakonie).

Verteilung der Mittel für zusätzliche Sprachförderung (insgesamt 90.000,00 €):

Mit Blick auf die Landesmittel für zusätzlichen Sprachförderbedarf wurde in Anlehnung an die Überlegungen des Gesetzgebers darüber hinaus von der Verwaltung die Anzahl der Kinder berücksichtigt, die sich im laufenden Kindergartenjahr 2013/2014 in der Sprachförderung befinden.

Demnach fallen die einzelnen Förderhöhen der ausgewählten Kindertageseinrichtungen wie folgt aus (Mindesthöhe 5.000 Euro):

- 7.500,00 € Kindertageseinrichtung „Kinderburg“, Martin-Luther-Straße 12, Elterninitiative (Dachverband Diakonie)
- 7.500,00 € Kindertageseinrichtung „Jahnstraße“, Jahnstraße 25, Träger: BKJ, Kindertageseinrichtung
- 7.500,00 € Kindertageseinrichtung „St. Theresia“, Englerthsgärten 2, Träger: Kath. Pfarre St. Peter und Paul,
- 7.500,00 € Kindertageseinrichtung „Wunderland“, Pfarrer-Appelrath-Straße 10, Träger: AWO KiSA gUG (haftungsbeschränkt),
- 7.500,00 € Kindertageseinrichtung „Zauberhut“, Franz-Rüth-Straße 1 a, Träger: AWO KiSA gUG (haftungsbeschränkt),
- 7.500,00 € Kindertageseinrichtung „Zauberwald“, Johanna-Neuman-Str. 43, Träger BKJ,
- 7.500,00 € Kindertageseinrichtung „St. Antonius“, Hastenrather Weg 6, Träger BKJ,
- 7.500,00 € Kindertageseinrichtung „Herz-Jesu“, Sternheimstraße 2 b, Träger: BKJ,
- 5.000,00 € Kindertageseinrichtung „St. Marien“, Am Burgfeld 9, Träger: Caritas Lebenswelten GmbH,
- 5.000,00 € Kindertageseinrichtung „St. Barbara“, Friedrichstr. 10, Kath. Kirchengemeinde Heilig Geist,
- 5.000,00 € Kindertageseinrichtung „Sonnenschein“, Karlstraße 40, Träger: Caritas Lebenswelten GmbH,
- 5.000,00 € Kindertageseinrichtung „Schatzkiste“, Gartenstraße 36a, Träger: AWO KiSA gUG (haftungsbeschränkt)
- 5.000,00 € Kindertageseinrichtung „Rappelkiste“, Quellstr. 26, Träger: BKJ
- 5.000,00 € Kindertageseinrichtung „Auf dem Driesch“, Auf dem Driesch 32, Träger: BKJ.

Die Aufteilung der Fördermittel für plusKITA-Einrichtungen und zusätzliche Sprachförderung ist im Einvernehmen mit den betreffenden Trägern erfolgt.

Finanzielle Auswirkungen:

Die zu tätigenen Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt 290.000,00 € bei den Sachkonten

53118230 – Weiterleitung Landeszuschüsse für Familienzentren und

53118240 – Weiterleitung LZW zur Sprachförderung

im Produkt 063610101 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege - werden durch entsprechende Mehrerträge bei den Sachkonten

41413100 – LZW Kindergarten Sprachförderung und

41413400 – LZW Familienzentren

im o.g. Produkt gedeckt.

Personelle Auswirkungen:

Die Weiterleitung der Mittel und die Prüfung der ordnungsgemäßen Verwendung derselben erfolgt über bereits vorhandenes Personal des Jugendamtes.

Anlagen:

§§ 16 a und 21 a KiBiz

§§ 16 b und 21 b KiBiz

Rundschreiben Nr. 42-855-2014

Rundschreiben Nr.42-857-2014

„§ 16a
plusKITA

(1) Die plusKITA ist eine Kindertageseinrichtung mit einem hohen Anteil von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf des Bildungsprozesses. Sie muss als plusKITA in die örtliche Jugendhilfeplanung aufgenommen worden sein.

(2) Die plusKITA hat in besonderer Weise die Aufgabe,

1. bei der individuellen Förderung der Kinder deren Potenziale zu stärken, die alltagskulturelle Perspektive zu berücksichtigen und sich an den lebensweltlichen Motiv- und Problemlagen der Familien zu orientieren,
2. zur Stärkung der Bildungschancen auf die Lebenswelt und das Wohnumfeld der Kinder abgestimmte pädagogische Konzepte und Handlungsformen zu entwickeln,
3. zur Stärkung der Bildungschancen und zur Steigerung der Nachhaltigkeit, die Eltern durch adressatengerechte Elternarbeit und -stärkung regelmäßig in die Bildungsförderung einzubeziehen,
4. sich über die Pflichten nach § 14 hinaus in die lokalen Netzwerkstrukturen durch jeweils eine feste Ansprechperson aus der Kindertageseinrichtung einzubringen,
5. sich zur Weiterentwicklung der individuellen zusätzlichen Sprachförderung, über die Pflichten nach § 13c hinaus, zum Beispiel durch die regelmäßige Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu qualifizieren und die Bildungs- und Erziehungsarbeit den speziellen Anforderungen anzupassen,
6. die Ressourcen ihres pädagogischen Personals durch konkrete Maßnahmen beispielsweise regelmäßige Supervision, Schulung und Beratung, Fort- und Weiterbildung oder größere Multiprofessionalität im Team zu stärken.

„§ 21a
Landeszuschuss für plusKITA-Einrichtungen

(1) Das Land gewährt dem Jugendamt einen Zuschuss für plusKITA-Einrichtungen im Sinne von § 16a. Das Land stellt hierfür einen Betrag von 45 Millionen Euro je Kindergartenjahr landesweit zur Verfügung. Der Anteil des Jugendamts ergibt sich aus der Anzahl der Kinder unter sieben Jahren in Familien mit Leistungsbezug zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl. I S. 850, 2094), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. Mai 2013 (BGBl. I S. 1167) geändert worden ist (SGB II), im Jugendamtsbezirk im Verhältnis zur landesweiten Gesamtzahl der Kinder unter sieben Jahren in Familien mit SGB-II-Leistungsbezug. Der Zuschuss an das Jugendamt ist auf einen durch 25 000 Euro teilbaren Betrag festzusetzen; er beträgt mindestens 25 000 Euro.

(2) Voraussetzung für diesen Zuschuss ist, dass das Jugendamt je Einrichtung im Sinne des § 16a (plusKITA) einen Zuschuss von mindestens 25 000 Euro weiter leitet. Zuschüsse für plusKITA-Einrichtungen sind für pädagogisches Personal einzusetzen. Zuschüsse, die nicht zweckentsprechend verwendet werden, sind zurück zu zahlen, sie sind nicht rücklagefähig. Die Aufnahme in diese Förderung erfolgt in der Regel für fünf Jahre. § 21 Absatz 3 Satz 5 gilt entsprechend.

(3) Im Kindergartenjahr 2014/2015 gewährt das Land den Jugendämtern für die plusKITA-Einrichtungen, denen nach der Entscheidung der Jugendhilfeplanung zum 15. März 2014 ein Zuschuss als „Einrichtung(en) in sozialen Brennpunkten“ nach § 20 Absatz 3 Satz 1 Kinderbildungsgesetz, in der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juli 2011 (GV. NRW. S. 385) geänderten und am 1. August 2011 in Kraft getretenen und bis zum 31. Juli 2014 gültigen Fassung (§ 20 Absatz 3 Satz 1 a.F.) bewilligt wurde, den Zuschuss nach Absatz 1 Satz 3 und 4 gemindert um den Landesanteil an dem Zuschuss nach § 20 Absatz 3 Satz 1 a.F.

§ 16b
Zusätzlicher Sprachförderbedarf

Soweit die Kindertageseinrichtungen Mittel für zusätzlichen Sprachförderbedarf erhalten, haben sie im Team eine sozialpädagogische Fachkraft, die in der Regel über nachgewiesene besondere Erfahrungen und Kenntnisse in der Sprachförderung verfügt, zu beschäftigen. Der Träger stellt sicher, dass die vom Jugendamt zur Verfügung gestellten Landeszuschüsse zur Finanzierung zusätzlicher Fachkraftstunden eingesetzt werden, die über den 1. Wert der Tabelle in der Anlage zu § 19 Absatz 1 hinausgehen. Er sorgt außerdem dafür, dass diese Fachkraft durch die regelmäßige Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen die speziellen Anforderungen dieser Tageseinrichtung sichert und weiter entwickelt.

§ 21b
Landeszuschuss für zusätzlichen Sprachförderbedarf

(1) Das Land gewährt dem Jugendamt einen Zuschuss für zusätzlichen Sprachförderbedarf. Das Land stellt hierfür einen Betrag von 25 Millionen Euro je Kindergartenjahr landesweit zur Verfügung. Der Anteil des Jugendamts ergibt sich jeweils zur Hälfte aus der Anzahl der Kinder im Jugendamtsbezirk unter sieben Jahren in Familien mit Leistungsbezug zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) im Verhältnis zur landesweiten Gesamtzahl der Kinder unter sieben Jahren in Familien mit SGB-II-Leistungsbezug und der Anzahl der Kinder im Jugendamtsbezirk in Kindertageseinrichtungen, in deren Familien vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird im Verhältnis zur landesweiten Gesamtzahl der Kinder in Kindertageseinrichtungen, in deren Familien vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird. Der Zuschuss ist je Jugendamt auf einen durch 5 000 Euro teilbaren Betrag festzusetzen, er beträgt mindestens 5 000 Euro.

(2) Voraussetzung für diesen Zuschuss ist, dass das Jugendamt je Einrichtung im Sinne des § 16b einen Zuschuss von mindestens 5000 Euro weiterleitet. Die Kindertageseinrichtung nach § 16b muss als solche in die Jugendhilfeplanung aufgenommen sein. Die Aufnahme in diese Förderung erfolgt in der Regel für fünf Jahre. Das Jugendamt stellt sicher, dass mit diesen Zuschüssen auch die Kinder gefördert werden, bei denen nach § 36 Absatz 2 oder Absatz 3 Schulgesetz ein zusätzlicher Sprachförderbedarf bescheinigt worden ist. § 21 Absatz 3 Satz 5 und § 21a Absatz 2 Satz 5 gelten entsprechend.

LVR-Dezernat Jugend
LVR-Landesjugendamt Rheinland
LVR-Fachbereich Kinder und Familie



LVR-Landesjugendamt
Auftrag Kindeswohl 

Datum und Zeichen bitte stets angeben

14. Mai 2014
42.30

Frau Greif/Frau Hennings
Tel 0221 809-4250/6276
Fax 0221 8284-4058/1342
saskia.greif@lvr.de
sonja.hennings@lvr.de

LVR - Dezernat 4 - 50663 Köln

Stadtverwaltung
Kreisverwaltung
- Jugendamt -

nachrichtlich:
Kommunale Spitzenverbände
Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege

Rundschreiben Nr. 42/857/2014

Geplante Landeszuschüsse für plusKITA-Einrichtungen und zusätzlichen Sprachförderbedarf – Verteilung an die Jugendämter
Erlass des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen vom 13. Mai 2014,
Aktenzeichen 322 – 2635.05
Mein Rundschreiben Nr. 42/855/2014 vom 22. April 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bezug auf mein Rundschreiben Nr. 42/855/2014 vom 22. April 2014 übersende ich Ihnen den oben genannten Erlass des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen zu den geplanten Landeszuschüssen für plusKITA-Einrichtungen und zusätzlichen Sprachförderbedarf mit den für Ihr Jugendamt zu erwartenden Förderbeträgen zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen
Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland
Im Auftrag

C. Schneider

Dr. Schneider



Wir freuen uns über Ihre Hinweise zur Verbesserung unserer Arbeit. Sie erreichen uns unter der Telefonnummer 0221 809-2255 oder senden Sie uns eine E-Mail an Anregungen@lvr.de

LVR – Landschaftsverband Rheinland
Dienstgebäude in Köln-Deutz, Landeshaus, Kennedy-Ufer 2
Pakete: Ottoplatz 2, 50679 Köln
LVR im Internet: www.lvr.de
USI-IdNr.: DE 122 656 988, Steuer-Nr.: 214/5811/0027

Bankverbindung:
Landesbank Hessen-Thüringen, Kto 60 061 (BLZ 300 500 00)
IBAN: DE 84 3005 0000 0000 060061, BIC: WELADED3
Postbank Niederlassung Köln, Kto 564 501 (BLZ 370 100 50)
IBAN: DE 95 3701 0050 0000 564501, BIC: PBNKDEFF370

Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

An den
Landschaftsverband Rheinland
Landesjugendamt
50663 Köln

An den
Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Landesjugendamt
48133 Münster

nachrichtlich:

An die
Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen
Frau Verena Göppert
Städtetag NW
Gereonshaus
Gereonstr. 18 - 32
50670 Köln

An die
Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen
Herrn Dr. Matthias Menzel
Städte- und Gemeindebund NRW
Kaiserswerther Straße 199 – 201
40474 Düsseldorf

An die
Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen
Herr Reiner Limbach
Landkreistag Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestr. 8
40213 Düsseldorf

13. Mai 2014
Seite 1 von 4

Aktenzeichen 322 – 2635.05
bei Antwort bitte angeben

Herr Deuster
Telefon 0211 837-2540
Telefax 0211 837-2200
Johannes-
wilhelm.deuster@mfkjks.nrw.de

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-02
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mfkjks.nrw.de
www.mfkjks.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
704, 709, 719
Haltestelle Poststraße

An die
Arbeitsgemeinschaft der
Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege
des Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Ludger Jutkeit
c/o Deutsches Rotes Kreuz Landesverband
Westfalen-Lippe e.V.
Sperlichstraße 25
48151 Münster

Seite 2 von 4

An die
Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe
Frau Helga Siemens-Weibring
Friesenring 32/34
48147 Münster

An den
Caritasverband für die Diözese-Münster
Herrn Heinz-Josef Kessmann
Kardinal-von-Galen-Ring 45
48149 Münster

An
Der Paritätische NRW
Herrn Martin Künstler
Loher Straße 7
42283 Wuppertal

An das
Deutsche Rote Kreuz
Landesverband Nordrhein e. V.
Frau Dr. Anna Stegemann
Auf'm Hennekamp 71
40225 Düsseldorf

An die
Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e. V.
Herrn Klaus Dannhaus
Detmolder Straße 280
33605 Bielefeld

Seite 3 von 4

An das
Katholische Büro
Nordrhein-Westfalen
Herrn Heinz-Theo Rauschen
Friedrichstr. 80
40217 Düsseldorf

An das
Katholische Büro
Nordrhein-Westfalen
Herrn Thomas Seeberger
c/o Erzbistum Köln
Generalvikariat
50606 Köln

An das
Evangelische Büro
Nordrhein-Westfalen
Herrn Kirchenrat Dr. Thomas Weckelmann
Rathausufer 23
40213 Düsseldorf

Geplante Landeszuschüsse für plusKITA-Einrichtungen und zusätzlichen Sprachförderbedarf - Verteilung an die Jugendämter

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat am 18. März 2014 den Gesetzentwurf zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes und weiterer Gesetze in den Landtag Nordrhein-Westfalen eingebracht. Am 30. April

hat in den zuständigen Fachausschüssen eine Sachverständigenanhörung stattgefunden. Die parlamentarischen Beratungen und der Gesetzgebungsprozess werden nach derzeitigen Planungen noch vor der Sommerpause abgeschlossen sein. Der Gesetzentwurf sieht ein Inkrafttreten der neuen Regelungen zum 1. August 2014 vor.

Seite 4 von 4

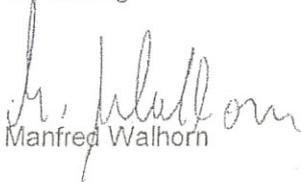
Neben anderen weiteren Verbesserungen und Korrekturen des Kinderbildungsgesetzes ist vorgesehen, dass die Jugendämter in Nordrhein-Westfalen zusätzliche Mittel für Bildungsgerechtigkeit und Sprachförderung nach einem gesetzlich vorgegebenen Schlüssel erhalten. Die Mittel sind dann im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung und der gesetzlichen Vorgaben an die entsprechenden Einrichtungen weiterzuleiten. Zum Verfahren haben Sie mit Rundschreiben vom 17. April 2014 bereits alle Jugendämter informiert.

Zu Planungszwecken und zur Vorbereitung der erforderlichen Abstimmungs- und Verwaltungsverfahren und unter dem Vorbehalt der Entscheidung des Gesetzgebers übersende ich in der Anlage die Liste mit den Förderbeträgen, die jedes Jugendamt nach einer Verabschiedung des Gesetzes erwarten kann.

Beigefügt ist auch eine Kurzbeschreibung zur Verteilung der Mittel.

Ich bitte, den Inhalt dieses Erlasses den Jugendämtern Ihres Landes- teils in geeigneter Form und unverzüglich zur Kenntnis zu geben.

Im Auftrag


Manfred Walhorn

Anlage

Verteilung der Mittel für plusKITA-Einrichtungen
Kurzbeschreibung

Rechtsgrundlage:	§ 21a KiBiz (Gesetzentwurf vom 18. März 2014; vergleiche Drucksache 16/5293)
Fördersumme:	45 Millionen €
Verteilmaßstab:	Kinder unter sieben Jahre in Familien mit Leistungsbezug nach dem SGB II
Datenquelle:	Bundesagentur für Arbeit, Kreisreport SGB II
Datenstand:	31. Dezember 2013

Vorgehen Verteilung der Mittel an Jugendämter:

1. Multiplikation des Anteils „Kinder unter sieben Jahre in Familien mit Leistungsbezug nach dem SGB II im Jugendamt“ an Kindern unter sieben Jahre in Familien mit Leistungsbezug nach dem SGB II im Land“ mit der Fördersumme
2. Abrunden auf einen durch 25 000 € teilbaren Betrag
3. Bildung einer Rangreihe des Rundungsrestes aus vorherigem Schritt
4. Erhöhung des Betrags aus Schritt 2 um 25 000 € in Reihenfolge der Rangreihe bis Fördersumme von 45 Millionen € erreicht ist

Zuschuss an Kindertageseinrichtungen: Verteilung durch Jugendämter anhand kleinräumiger Kriterien mindestens 25 000 €

Anlage

Verteilung der Mittel für zusätzlichen Sprachförderbedarf
Kurzbeschreibung

Rechtsgrundlage: § 21b KIBiz (Gesetzentwurf vom 18. März 2014; vergleiche Drucksache 16/5293)

Fördersumme: 25 Millionen €

Verteilmaßstab:

- a) Kinder unter sieben Jahre in Familien mit Leistungsbezug nach dem SGB II
- b) Kinder in Kindertageseinrichtungen, in deren Familien vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird

Datenquelle:

- a) Bundesagentur für Arbeit, Kreisreport SGB II
- b) Information und Technik Nordrhein-Westfalen (ehemals Statistisches Landesamt), KJH-Statistik

Datenstand:

- a) 31. Dezember 2013
- b) 1. März 2013

Begründung für Datenstand: aktuell verfügbare Daten

Vorgehen Verteilung der Mittel an Jugendämter:

1. Aufteilung der Fördersumme in zwei gleich große Hälften à 12,5 Millionen €
2. Bildung der Summe aus
 - a) Multiplikation des Anteils „Kinder unter sieben Jahre in Familien mit Leistungsbezug nach dem SGB II im Jugendamt an den Kindern unter sieben Jahre in Familien mit Leistungsbezug nach dem SGB II im Land“ mit 12,5 Millionen €
 - b) Multiplikation des Anteils „Kinder in Kindertageseinrichtungen, in deren Familien vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird im Jugendamt an den Kinder in Kindertageseinrichtungen, in deren Familien vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird im Land“ mit 12,5 Millionen €
3. Abrunden auf einen durch 5000 € teilbaren Betrag
4. Bildung einer Rangreihe des Rundungsrestes aus vorherigem Schritt
5. Erhöhung des Betrags aus Schritt 3 um 5000 € in Reihenfolge der Rangreihe bis Fördersumme von 25 Millionen € erreicht ist

Zuschuss an Kindertageseinrichtungen: Verteilung durch Jugendämter
anhand kleinräumiger Kriterien
mindestens 5 000 €

Anlage

Landeszuschuss gemäß §§ 21a und 21b KIBiz

1	2	3	4	5	6
Jugendamt	§ 21a (plusKITA)	§ 21b (zusätzliche Sprachförderung)	Summe	bisheriger Zuschuss (Kita-Jahr 2013/2014)	Differenz
Aachen, Stadt	650 000 €	415 000 €	1 065 000 €	432 125 €	+ 632 875 €
Aachen, Städteregion	100 000 €	55 000 €	155 000 €	61 950 €	+ 93 050 €
Ahaus, Stadt	50 000 €	30 000 €	80 000 €	51 750 €	+ 28 250 €
Ahlen, Stadt	150 000 €	105 000 €	255 000 €	130 410 €	+ 124 590 €
Alsdorf, Stadt	150 000 €	80 000 €	230 000 €	78 850 €	+ 151 150 €
Alfena, Stadt	50 000 €	20 000 €	70 000 €	23 805 €	+ 46 195 €
Arnsberg, Stadt	175 000 €	90 000 €	265 000 €	144 360 €	+ 120 640 €
Bad Honnef, Stadt	25 000 €	20 000 €	45 000 €	16 450 €	+ 28 550 €
Bad Oeynhausen, Stadt	100 000 €	60 000 €	160 000 €	52 440 €	+ 107 560 €
Bad Salzuflen, Stadt	150 000 €	80 000 €	230 000 €	82 800 €	+ 147 200 €
Beckum, Stadt	75 000 €	45 000 €	120 000 €	60 720 €	+ 59 280 €
Bedburg, Stadt	50 000 €	20 000 €	70 000 €	21 700 €	+ 48 300 €
Bergheim, Stadt	225 000 €	115 000 €	340 000 €	95 100 €	+ 244 900 €
Bergisch Gladbach, Stadt	225 000 €	135 000 €	360 000 €	72 125 €	+ 287 875 €
Bergkamen, Stadt	200 000 €	85 000 €	285 000 €	106 500 €	+ 178 500 €
Bielefeld, Stadt	1 050 000 €	630 000 €	1 680 000 €	656 745 €	+ 1 023 255 €
Bocholt, Stadt	125 000 €	85 000 €	210 000 €	81 420 €	+ 128 580 €
Bochum, Stadt	1 050 000 €	560 000 €	1 610 000 €	705 450 €	+ 904 550 €
Bonn, Stadt	900 000 €	560 000 €	1 460 000 €	380 550 €	+ 1 079 450 €
Borken, Kreis	150 000 €	100 000 €	250 000 €	154 905 €	+ 95 095 €
Borken, Stadt	50 000 €	35 000 €	85 000 €	50 715 €	+ 34 285 €
Bornheim, Stadt	75 000 €	40 000 €	115 000 €	57 400 €	+ 57 600 €
Boitrop, Stadt	300 000 €	160 000 €	460 000 €	167 895 €	+ 292 105 €

Landeszuschuss gemäß §§ 21a und 21b KiBiz

1	2	3	4	5	6
Jugendamt	§21a (plusKiTA)	§21b (zusätzliche Sprachförderung)	Summe	bisheriger Zuschuss (Kita-Jahr 2013/2014)	Differenz
Brühl, Stadt	100 000 €	60 000 €	160 000 €	43 550 €	+ 116 450 €
Bünde, Stadt	75 000 €	50 000 €	125 000 €	58 650 €	+ 66 350 €
Castrop-Rauxel, Stadt	200 000 €	100 000 €	300 000 €	175 575 €	+ 124 425 €
Coesfeld, Kreis	150 000 €	85 000 €	235 000 €	115 125 €	+ 119 875 €
Coesfeld, Stadt	50 000 €	25 000 €	75 000 €	34 500 €	+ 40 500 €
Datteln, Stadt	100 000 €	50 000 €	150 000 €	44 040 €	+ 105 960 €
Delmold, Stadt	200 000 €	110 000 €	310 000 €	114 885 €	+ 195 115 €
Dinslaken, Stadt	150 000 €	80 000 €	230 000 €	120 700 €	+ 109 300 €
Dormagen, Stadt	100 000 €	70 000 €	170 000 €	83 875 €	+ 86 125 €
Dorsten, Stadt	175 000 €	75 000 €	250 000 €	72 795 €	+ 177 205 €
Dortmund, Stadt	2 250 000 €	1 140 000 €	3 390 000 €	1 213 680 €	+ 2 176 320 €
Duisburg, Stadt	1 875 000 €	1 080 000 €	2 955 000 €	1 398 900 €	+ 1 556 100 €
Dülmen, Stadt	50 000 €	40 000 €	90 000 €	43 815 €	+ 46 185 €
Düren, Kreis	275 000 €	130 000 €	405 000 €	137 700 €	+ 267 300 €
Düren, Stadt	400 000 €	205 000 €	605 000 €	194 400 €	+ 410 600 €
Düsseldorf, Stadt	1 775 000 €	1 160 000 €	2 935 000 €	1 235 550 €	+ 1 699 450 €
Elsdorf, Stadt	50 000 €	25 000 €	75 000 €	17 500 €	+ 57 500 €
Emmerich am Rhein, Stadt	75 000 €	50 000 €	125 000 €	60 650 €	+ 64 350 €
Emsdetten, Stadt	50 000 €	30 000 €	80 000 €	50 715 €	+ 29 285 €
Ennepetal, Stadt/Breckerfeld, Stadt	50 000 €	35 000 €	85 000 €	50 715 €	+ 34 285 €
Erftstadt, Stadt	100 000 €	40 000 €	140 000 €	29 050 €	+ 110 950 €
Erkelenz, Stadt	75 000 €	35 000 €	110 000 €	40 600 €	+ 69 400 €
Erkrath, Stadt	125 000 €	70 000 €	195 000 €	44 100 €	+ 150 900 €
Eschweiler, Stadt	200 000 €	90 000 €	290 000 €	89 250 €	+ 200 750 €

Landeszuschuss gemäß §§ 21a und 21b KiBiz

1	2	3	4	5	6
Jugendamt	§21a (plusKiTA)	§21b (zusätzliche Sprachförderung)	Summe	bisheriger Zuschuss (KiTa-Jahr 2013/2014)	Differenz
Essen, Stadt	2 300 000 €	1 130 000 €	3 430 000 €	1 102 785 €	+ 2 327 215 €
Euskirchen, Kreis	325 000 €	160 000 €	485 000 €	220 575 €	+ 264 425 €
Frechen, Stadt	125 000 €	75 000 €	200 000 €	59 500 €	+ 140 500 €
Geilenkirchen, Stadt	50 000 €	35 000 €	85 000 €	36 750 €	+ 48 250 €
Geldern, Stadt	75 000 €	30 000 €	105 000 €	36 750 €	+ 68 250 €
Gelsenkirchen, Stadt	1 225 000 €	625 000 €	1 850 000 €	592 155 €	+ 1 257 845 €
Gevelsberg, Stadt	75 000 €	40 000 €	115 000 €	44 505 €	+ 70 495 €
Gladbeck, Stadt	275 000 €	150 000 €	425 000 €	121 095 €	+ 303 905 €
Goch, Stadt	50 000 €	30 000 €	80 000 €	30 800 €	+ 49 200 €
Greven, Stadt	75 000 €	45 000 €	120 000 €	63 825 €	+ 56 175 €
Grevenbroich, Stadt	125 000 €	75 000 €	200 000 €	101 800 €	+ 98 200 €
Gronau (Westf.), Stadt	100 000 €	80 000 €	180 000 €	108 570 €	+ 71 430 €
Gummersbach, Stadt	100 000 €	60 000 €	160 000 €	54 600 €	+ 105 400 €
Gütersloh, Kreis	250 000 €	160 000 €	410 000 €	337 290 €	+ 72 710 €
Gütersloh, Stadt	200 000 €	135 000 €	335 000 €	153 870 €	+ 181 130 €
Haan, Stadt	50 000 €	30 000 €	80 000 €	32 200 €	+ 47 800 €
Hagen, Stadt der FernUniversität	650 000 €	340 000 €	990 000 €	363 975 €	+ 626 025 €
Haltern am See, Stadt	50 000 €	20 000 €	70 000 €	29 325 €	+ 40 675 €
Hamm, Stadt	600 000 €	310 000 €	910 000 €	350 265 €	+ 559 735 €
Hattingen, Stadt	100 000 €	55 000 €	155 000 €	68 310 €	+ 86 690 €
Heiligenhaus, Stadt	50 000 €	30 000 €	80 000 €	49 350 €	+ 30 650 €
Heinsberg, Kreis	175 000 €	90 000 €	265 000 €	111 650 €	+ 153 350 €
Heinsberg, Stadt	100 000 €	50 000 €	150 000 €	68 250 €	+ 81 750 €
Hemer, Stadt	100 000 €	45 000 €	145 000 €	59 340 €	+ 85 660 €

Landeszuschuss gemäß §§ 21a und 21b KiBiz

1	2	3	4	5	6
Jugendamt	§21a (plusKiTA)	§21b (zusätzliche Sprachförderung)	Summe	bisheriger Zuschuss (KiTa-Jahr 2013/2014)	Differenz
Hennef (Sieg), Stadt	75 000 €	45 000 €	120 000 €	52 150 €	+ 67 850 €
Herdecke, Stadt	25 000 €	15 000 €	40 000 €	17 250 €	+ 22 750 €
Herford, Kreis	125 000 €	65 000 €	190 000 €	120 405 €	+ 69 595 €
Herford, Stadt	225 000 €	120 000 €	345 000 €	116 145 €	+ 228 855 €
Herne, Stadt	550 000 €	300 000 €	850 000 €	341 745 €	+ 508 255 €
Herfen, Stadt	200 000 €	110 000 €	310 000 €	103 500 €	+ 206 500 €
Herzogenrath, Stadt	100 000 €	50 000 €	150 000 €	61 250 €	+ 88 750 €
Hilden, Stadt	125 000 €	65 000 €	190 000 €	62 650 €	+ 127 350 €
Hochsauerlandkreis	125 000 €	90 000 €	215 000 €	140 760 €	+ 74 240 €
Höxter, Kreis	200 000 €	90 000 €	290 000 €	120 750 €	+ 169 250 €
Hückelhoven, Stadt	125 000 €	65 000 €	190 000 €	94 850 €	+ 95 150 €
Hürth, Stadt	100 000 €	70 000 €	170 000 €	70 000 €	+ 100 000 €
Ibbenbüren, Stadt	75 000 €	50 000 €	125 000 €	62 100 €	+ 62 900 €
Iserlohn, Stadt	250 000 €	155 000 €	405 000 €	190 965 €	+ 214 035 €
Kaarst, Stadt	50 000 €	35 000 €	85 000 €	42 700 €	+ 42 300 €
Kamen, Stadt	125 000 €	55 000 €	180 000 €	64 350 €	+ 115 650 €
Kamp-Linfort, Stadt	100 000 €	55 000 €	155 000 €	90 800 €	+ 64 200 €
Kempen, Stadt	50 000 €	30 000 €	80 000 €	26 950 €	+ 53 050 €
Kerpen, Kolpingstadt	200 000 €	115 000 €	315 000 €	112 350 €	+ 202 650 €
Kevelaer, Stadt	50 000 €	25 000 €	75 000 €	31 850 €	+ 43 150 €
Kleve, Kreis	175 000 €	85 000 €	260 000 €	105 000 €	+ 155 000 €
Kleve, Stadt	125 000 €	70 000 €	195 000 €	71 750 €	+ 123 250 €
Köln, Stadt	3 175 000 €	2 005 000 €	5 180 000 €	1 856 218 €	+ 3 323 782 €
Königswinter, Stadt	50 000 €	35 000 €	85 000 €	39 200 €	+ 45 800 €

Landeszuschuss gemäß §§ 21a und 21b KIBiz

1	2	3	4	5	6
Jugendamt	§ 21a (plusKITA)	§ 21b (zusätzliche Sprachförderung)	Summe	bisheriger Zuschuss (Kita-Jahr 2013/2014)	Differenz
Krefeld, Stadt	700 000 €	365 000 €	1 065 000 €	332 050 €	+ 732 950 €
Lage, Stadt	100 000 €	40 000 €	140 000 €	49 680 €	+ 90 320 €
Langenfeld (Rheinland), Stadt	75 000 €	50 000 €	125 000 €	31 850 €	+ 93 150 €
Leichlingen (Rheinland), Stadt	25 000 €	15 000 €	40 000 €	22 400 €	+ 17 600 €
Lemgo, Stadt	75 000 €	35 000 €	110 000 €	20 355 €	+ 89 645 €
Leverkusen, Stadt	475 000 €	285 000 €	760 000 €	249 900 €	+ 510 100 €
Lippe, Kreis	250 000 €	110 000 €	360 000 €	140 415 €	+ 219 585 €
Lippstadt, Stadt	150 000 €	85 000 €	235 000 €	113 505 €	+ 121 495 €
Lohmar, Stadt	25 000 €	15 000 €	40 000 €	36 750 €	+ 3 250 €
Löhne, Stadt	75 000 €	40 000 €	115 000 €	41 745 €	+ 73 255 €
Lüdenscheid, Stadt	200 000 €	125 000 €	325 000 €	134 550 €	+ 190 450 €
Lünen, Stadt	275 000 €	140 000 €	415 000 €	238 650 €	+ 176 350 €
Märkischer Kreis	150 000 €	105 000 €	255 000 €	175 500 €	+ 79 500 €
Marl, Stadt	275 000 €	130 000 €	405 000 €	163 725 €	+ 241 275 €
Meckenheim, Stadt	50 000 €	30 000 €	80 000 €	19 600 €	+ 60 400 €
Meerbusch, Stadt	50 000 €	50 000 €	100 000 €	46 900 €	+ 53 100 €
Menden (Sauerland), Stadt	100 000 €	60 000 €	160 000 €	86 595 €	+ 73 405 €
Mettmann, Stadt	75 000 €	45 000 €	120 000 €	39 200 €	+ 80 800 €
Minden, Stadt	300 000 €	140 000 €	440 000 €	155 280 €	+ 284 720 €
Minden-Lübbecke, Kreis	200 000 €	100 000 €	300 000 €	136 965 €	+ 163 035 €
Moers, Stadt	250 000 €	150 000 €	400 000 €	198 600 €	+ 201 400 €
Mönchengladbach, Stadt	1 050 000 €	500 000 €	1 550 000 €	653 575 €	+ 896 425 €
Monheim am Rhein, Stadt	150 000 €	80 000 €	230 000 €	117 250 €	+ 112 750 €
Mülheim an der Ruhr, Stadt	550 000 €	275 000 €	825 000 €	303 450 €	+ 521 550 €

Landeszuschuss gemäß §§ 21a und 21b KiBiz

1	2	3	4	5	6
Jugendamt	§21a (plus KiBiz)	§21b (zusätzliche Sprachförderung)	Summe	bisheriger Zuschuss (KiBiz-Jahr 2013/2014)	Differenz
Münster, Stadt	650 000 €	370 000 €	1 020 000 €	453 900 €	+ 566 100 €
Nettetal, Stadt	75 000 €	45 000 €	120 000 €	56 350 €	+ 63 650 €
Neuss, Rhein-Kreis	50 000 €	35 000 €	85 000 €	40 600 €	+ 44 400 €
Neuss, Stadt	475 000 €	280 000 €	755 000 €	267 050 €	+ 487 950 €
Niederkassel, Stadt	50 000 €	30 000 €	80 000 €	30 450 €	+ 49 550 €
Oberbergischer Kreis	225 000 €	120 000 €	345 000 €	175 000 €	+ 170 000 €
Oberhausen, Stadt	750 000 €	360 000 €	1 110 000 €	411 450 €	+ 698 550 €
Oelde, Stadt	50 000 €	25 000 €	75 000 €	36 915 €	+ 38 085 €
Oer-Erkenschwick, Stadt	100 000 €	45 000 €	145 000 €	33 120 €	+ 111 880 €
Olpe, Kreis	175 000 €	130 000 €	305 000 €	189 750 €	+ 115 250 €
Overath, Stadt	50 000 €	20 000 €	70 000 €	26 950 €	+ 43 050 €
Paderborn, Kreis	200 000 €	105 000 €	305 000 €	268 395 €	+ 36 605 €
Paderborn, Stadt	375 000 €	220 000 €	595 000 €	271 845 €	+ 323 155 €
Plettenberg, Stadt	50 000 €	35 000 €	85 000 €	60 375 €	+ 24 625 €
Porta Westfalica, Stadt	50 000 €	25 000 €	75 000 €	34 155 €	+ 40 845 €
Pulheim, Stadt	50 000 €	30 000 €	80 000 €	35 000 €	+ 45 000 €
Radevormwald, Stadt auf der Höhe	50 000 €	20 000 €	70 000 €	37 450 €	+ 32 550 €
Ratingen, Stadt	175 000 €	105 000 €	280 000 €	100 450 €	+ 179 550 €
Recklinghausen, Stadt	400 000 €	200 000 €	600 000 €	209 511 €	+ 390 489 €
Remscheid, Stadt	300 000 €	180 000 €	480 000 €	260 750 €	+ 219 250 €
Rheda-Wiedenbrück, Stadt	50 000 €	60 000 €	110 000 €	0 €	+ 110 000 €
Rheinbach, Stadt	25 000 €	20 000 €	45 000 €	19 600 €	+ 25 400 €
Rheinberg, Stadt	50 000 €	20 000 €	70 000 €	16 800 €	+ 53 200 €
Rheine, Stadt	200 000 €	100 000 €	300 000 €	112 125 €	+ 187 875 €

Landeszuschuss gemäß §§ 21a und 21b KiBiz

1	2	3	4	5	6
Jugendamt	§21a (plusKiTA)	§21b (zusätzliche Sprachförderung)	Summe	bisheriger Zuschuss (KiTa-Jahr 2013/2014)	Differenz
Rheinisch-Bergischer Kreis	50 000 €	40 000 €	90 000 €	44 450 €	+ 45 550 €
Rhein-Sieg-Kreis	225 000 €	105 000 €	330 000 €	154 000 €	+ 176 000 €
Rösrath, Stadt	50 000 €	20 000 €	70 000 €	14 700 €	+ 55 300 €
Sankt Augustin, Stadt	125 000 €	75 000 €	200 000 €	101 850 €	+ 98 150 €
Schmallenberg, Stadt	25 000 €	15 000 €	40 000 €	11 730 €	+ 28 270 €
Schweim, Stadt	75 000 €	40 000 €	115 000 €	30 705 €	+ 84 295 €
Schwerte, Hansestadt an der Ruhr	75 000 €	45 000 €	120 000 €	43 650 €	+ 76 350 €
Selm, Stadt	75 000 €	25 000 €	100 000 €	32 775 €	+ 67 225 €
Siegburg, Stadt	100 000 €	55 000 €	155 000 €	71 400 €	+ 83 600 €
Siegen, Universitätsstadt	250 000 €	160 000 €	410 000 €	184 575 €	+ 225 425 €
Siegen-Wittgenstein, Kreis	200 000 €	135 000 €	335 000 €	228 750 €	+ 106 250 €
Soest, Kreis	225 000 €	120 000 €	345 000 €	227 010 €	+ 117 990 €
Soest, Stadt	125 000 €	60 000 €	185 000 €	114 135 €	+ 70 865 €
Solingen, Klingenstadt	400 000 €	240 000 €	640 000 €	281 750 €	+ 358 250 €
Sprockhövel, Stadt	25 000 €	10 000 €	35 000 €	18 285 €	+ 16 715 €
Steinfurt, Kreis	375 000 €	220 000 €	595 000 €	228 675 €	+ 366 325 €
Stolberg (Rhld.), Kupferstadt	200 000 €	100 000 €	300 000 €	107 200 €	+ 192 800 €
Sundern (Sauerland), Stadt	25 000 €	25 000 €	50 000 €	59 985 €	- 9 985 €
Troisdorf, Stadt	200 000 €	125 000 €	325 000 €	127 050 €	+ 197 950 €
Unna, Kreis	100 000 €	55 000 €	155 000 €	85 215 €	+ 69 785 €
Unna, Stadt	125 000 €	70 000 €	195 000 €	91 605 €	+ 103 395 €
Velbert, Stadt	175 000 €	105 000 €	280 000 €	123 700 €	+ 156 300 €
Verl, Stadt	25 000 €	15 000 €	40 000 €	32 085 €	+ 7 915 €
Viersen, Kreis	125 000 €	65 000 €	190 000 €	65 750 €	+ 124 250 €

Landeszuschuss gemäß §§ 21a und 21b KIBiz

1	2	3	4	5	6
Jugendamt	§ 21a (plusKITA)	§ 21b (zusätzliche Sprachförderung)	Summe	bisheriger Zuschuss (Kita-Jahr 2013/2014)	Differenz
Viersen, Stadt	225 000 €	100 000 €	325 000 €	116 200 €	+ 208 800 €
Voerde (Niederrhein), Stadt	75 000 €	40 000 €	115 000 €	58 100 €	+ 56 900 €
Walitrop, Stadt	50 000 €	25 000 €	75 000 €	22 425 €	+ 52 575 €
Warendorf, Kreis	200 000 €	105 000 €	305 000 €	180 090 €	+ 124 910 €
Warstein, Stadt	25 000 €	15 000 €	40 000 €	20 010 €	+ 19 990 €
Werdohl, Stadt	50 000 €	40 000 €	90 000 €	65 550 €	+ 24 450 €
Wermelskirchen, Stadt	50 000 €	20 000 €	70 000 €	30 800 €	+ 39 200 €
Werne, Stadt	50 000 €	20 000 €	70 000 €	18 975 €	+ 51 025 €
Wesel, Kreis	125 000 €	55 000 €	180 000 €	67 550 €	+ 112 450 €
Wesel, Stadt	175 000 €	85 000 €	260 000 €	81 525 €	+ 178 475 €
Wesseling, Stadt	125 000 €	75 000 €	200 000 €	56 350 €	+ 143 650 €
Wetter (Ruhr), Stadt	25 000 €	15 000 €	40 000 €	21 045 €	+ 18 955 €
Wiehl, Stadt	25 000 €	15 000 €	40 000 €	12 600 €	+ 27 400 €
Willich, Stadt	50 000 €	35 000 €	85 000 €	35 000 €	+ 50 000 €
Wipperfurth, Hansestadt	25 000 €	15 000 €	40 000 €	24 500 €	+ 15 500 €
Witten, Stadt	250 000 €	125 000 €	375 000 €	127 215 €	+ 247 785 €
Wülfrath, Stadt	50 000 €	20 000 €	70 000 €	22 750 €	+ 47 250 €
Wuppertal, Stadt	1 375 000 €	715 000 €	2 090 000 €	613 200 €	+ 1 476 800 €
Würselen, Stadt	75 000 €	45 000 €	120 000 €	66 500 €	+ 53 500 €
Nordrhein-Westfalen	45 000 000 €	25 000 000 €	70 000 000 €	28 127 604 €	+ 41 872 396 €

LVR-Dezernat Jugend
LVR-Landesjugendamt Rheinland
LVR-Fachbereich Kinder und Familie



LVR-Landesjugendamt

Auftrag Kindeswohl 

Datum und Zeichen bitte stets angeben

22. April 2014

42.30-

Renate Eschweiler

Tel 0221 809-6263

Fax 0221 8284-1484

renate.eschweiler@lvr.de

LVR - Dezernat 4 · 50663 Köln

Stadtverwaltung
Kreisverwaltung
-Jugendamt-

Im Bereich des
Landschaftsverbandes Rheinland

Nachrichtlich:

Kommunale Spitzenverbände
Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege

Rundschreiben 42/855-2014

**Kinderbildungsgesetz -KiBiz-, Umsetzung des Änderungsgesetzes
(Regierungsentwurf)
Landeszuschüsse für plusKITA und Sprachförderung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landeregierung hat im März 2014 den Entwurf eines KiBiz-Änderungsgesetzes vorgelegt, das u. a. Landeszuschüsse für plusKITAs und für Sprachförderung vorsieht. Diese Mittel sollen nach einem gesetzlichen Schlüssel auf die Jugendämter und anschließend von Ihnen an die Kindertageseinrichtungen weiter verteilt werden.

Nach § 16 a KiBizE ist die plusKITA eine Einrichtung mit einem hohen Anteil von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf des Bildungsprozesses. Die Kita muss als plusKITA in die örtliche Jugendhilfeplanung aufgenommen sein. Als Indikatoren für die Weiterverteilung der Mittel kommen zum einen die vom Land für die Verteilung an die Jugendämter verwandten Indikatoren, aber auch andere Indikatoren, die im Rahmen der örtlichen Sozialplanung verwendet werden, in Betracht. Hier können auch die „Kleinräumigen Auswahlkriterien zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Familienzentren mit besonderem Unterstützungsbedarf - Hinweise für Städte, Kreise und Gemeinden“ herangezogen werden.

Kindertageseinrichtungen, in denen besonders viele Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf betreut werden, sollen Mittel für zusätzlichen Sprachförderbedarf erhalten (§§ 21 b und 16 b KiBizE). An dieser Stelle weisen wir



Wir freuen uns über Ihre Hinweise zur Verbesserung unserer Arbeit. Sie erreichen uns unter der Telefonnummer 0221 809-2255 oder senden Sie uns eine E-Mail an Anregungen@lvr.de

LVR - Landschaftsverband Rheinland
Dienstgebäude in Köln-Deutz, Landeshaus, Kennedy-Ufer 2
Pakete: Ottoplatz 2, 50679 Köln
LVR im Internet: www.lvr.de
USt-IdNr.: DE 122 656 988, Steuer-Nr.: 214/5811/0027

Bankverbindung:
Landesbank Hessen-Thüringen, Kto 60 061 (BLZ 300 500 00)
IBAN: DE 84 3005 0000 0000 060061, BIC: WELADED
Postbank Niederlassung Köln, Kto 564 501 (BLZ 370 100 50)
IBAN: DE 95 3701 0050 0000 564501, BIC: PBNKDEFF370

darauf hin, dass diese Mittel neben der bis 2016 laufenden Ausfinanzierung von Delfin 4 (letztmalige Durchführung im Frühjahr 2014) geleistet werden.

Die Träger der Kindertageseinrichtungen erhalten damit Mittel für den Einsatz zusätzlichen Personals. Da das Gesetz nach derzeitiger Planung Ende Juni 2014 verabschiedet wird und zum 01. August 2014 in Kraft treten wird, schlagen wir Ihnen - in Abstimmung mit dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen - für den Einsatz pädagogischen Personals unten stehendes Verfahren vor.

Damit die Mittel den Trägern möglichst schnell zur Verfügung stehen und das zusätzlich finanzierte Personal bereits ab Anfang August dieses Jahres beschäftigt werden kann, müssten die Träger bereits frühzeitig Personaldispositionen treffen. Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, auch die in Ihrem Bereich tätigen freien Träger von Kindertageseinrichtungen in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen.

1. Sie erhalten Anfang Mai eine Aufstellung, aus der Sie die auf Ihr Jugendamt entfallenden Förderpakete in Höhe von jeweils 25.000 EUR (plusKITA) sowie in Höhe von 5.000 EUR (Sprachförderung) ersehen können.

Auf dieser Basis können Sie die Entscheidung im Jugendhilfeausschuss herbeiführen, die die Verteilung der auf ihr Jugendamt entfallenden Mittel auf die einzelnen Tageseinrichtungen zum Gegenstand hat.

Im Zusammenhang mit den im Mai dieses Jahres stattfindenden Kommunalwahlen weise ich darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss trotz Ablauf der Wahlzeit des Rates bzw. des Kreistages weiterhin legitimiert ist (vgl. § 4 Abs. 1 AG KJHG/NRW). Sofern keine reguläre Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorgesehen ist, ist auf dieser Basis eine Sondersitzung möglich. Alternativ ist aber auch eine Entscheidung des Rates bzw. des Kreistages möglich.

Eine Entscheidung in der nächsten regulären Sitzung des JHA nach dem geplanten Inkrafttreten des Änderungsgesetzes kann selbstverständlich auch erfolgen. Dies könnte allerdings zur Folge haben, dass erst zu einem späteren Zeitpunkt im Kindergartenjahr 2014/2015 die entsprechende Umsetzung des Beschlusses zu den notwendigen Personaldispositionen getroffen und damit die Voraussetzungen für die Auszahlung der Mittel erst spät vorliegen würden. Da es sich um nicht rücklagefähige Landeszuschüsse handelt, könnten die Mittel im ersten Jahr dann ggf. nicht vollständig genutzt werden.

2. Sobald uns das Ministerium nach Verabschiedung des Gesetzes entsprechend ermächtigt, erhalten Sie von uns unmittelbar einen Leistungsbescheid über die auf Ihr Jugendamt entfallenden Mittel.
3. Auf Basis unseres Leistungsbescheides sowie auf Basis der Entscheidung Ihres Jugendhilfeausschusses können Sie dann den Leistungsbescheid an die betreffenden Träger der Kindertageseinrichtungen fertigen.

4. Sobald die Träger der Kindertageseinrichtungen bereits Personaldispositionen getroffen haben, könnten diese die Arbeitsverträge mit den zusätzlichen Fachkräften im optimalen Fall schon zum 01. August 2014 abschließen.

In diesem Zusammenhang möchten wir Fragen beantworten, die sich darauf beziehen, dass das Gesetz einerseits eine Bewilligung der genannten Mittel möglichst für fünf Jahre vorsieht (Planungssicherheit), während andererseits die Zuweisung der Mittel an Ihr Jugendamt lediglich durch jährlichen Leistungsbescheid erfolgt. Hier bietet sich an, dass Sie den Leistungsbescheid an die betreffenden Träger der Kindertageseinrichtungen über den im Gesetz vorgesehenen Zeitraum von fünf Jahren erstellen, diesen aber unter Widerrufsvorbehalt stellen, der ausdrücklich nur für den Fall einer Änderung der betreffenden Regelungen im Kinderbildungsgesetz (KiBiz) greift. Damit dürfte sowohl im Interesse der Träger nach Planungssicherheit, andererseits aber auch Ihrem Interesse Genüge getan sein, sich nur in dem Rahmen rechtlich zu bewegen, in dem auch die Refinanzierung durch das Land sichergestellt ist.

Mit freundlichen Grüßen
Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland
Im Auftrag

Lensing-Peters

Rangliste der Kindergärten in Eschweiler
nach Familien, in denen die Muttersprache vorrangig nicht Deutsch ist
im Kindergartenjahr 2013/2014

Stadtteil	Einrichtung	Sprache vorrangig nicht deutsch
Stadtmitte	BKJ Familienzentrum Jahnstraße	57
Stadtmitte	Ev. Kindergarten Eschweiler Kinderburg	43
Stadtmitte	Familienzentrum St. Theresia	42
Eschweiler-Ost	AWO KiSA gUG Familienzentrum Wunderland	37
Stadtmitte	AWO KiSA gUG Familienzentrum Zauberhut	37
Berggrath	BKJ Einrichtung St. Antonius Bergrath	26
Röthgen	BKJ Einrichtung Zauberwald	20
Röthgen	Kinder- und Familienzentrum St. Marien	19
Röthgen	Sonnenschein	17
Weisweiler	BKJ Einrichtung Auf dem Driesch	17
Eschweiler-Ost	BKJ Einrichtung Herz Jesu	16
Stadtmitte	AWO KiSA gUG Schatzkiste	14
Hastenrath	BKJ Einrichtung Rappelkiste	14
Pumpe/Stich	Kath. Kindertageseinrichtung St. Barbara	13
Dürwiß	AWO KiSA gUG Villa Regenbogen	10
Röhe	Kath. Kindertageseinrichtung St. Antonius von Padua	10
Stadtmitte	Kath. Kindertageseinrichtung St. Peter und Paul	9
Weisweiler	Kath. Kindertageseinrichtung St. Severin	8
Hücheln	Kath. Kindertageseinrichtung St. Johannes Baptist	7
Waldsiedlung	BKJ Einrichtung Purzelbaum	7
Nothberg	Immenhofkinder	7
Dürwiß	AWO KiSA gUG Familienzentrum Der kleine Prinz	6
Dürwiß	Kath. Kindertageseinrichtung St. Josef Dürwiß	3
Kinzweiler	Kath Kindertageseinrichtung St. Blasius	2
Nothberg	Kath. Kindertageseinrichtung St. Cäcilia	2
Dürwiß	BKJ Einrichtung Käte Strobel	1
Hehlrath	Kath. Kindertageseinrichtung St. Josef Hehlrath	1
Hastenrath	Kath. Kindertageseinrichtung St. Wendelinus	1
St. Jöris	BKJ Einrichtung St. Jöris	1
Neu-Lohn	BKJ Einrichtung St. Elisabeth	0
	Insgesamt	447